

Zusammenfassung Fachblock I: Gleichwertige Lebensverhältnisse – Einführung in die Thematik sowie Befunde und Erwartungen an die Raumplanung aus der Sicht der Akteure

Staatssekretär Dr. Frank Pfeil, Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung, begrüßte seitens des Ministeriums die Teilnehmer der Tagung recht herzlich und hob in Bezug auf das Tagungsthema den Beitrag der Raumordnung zur Gleichwertigkeitsdiskussion hervor. Er verwies auf die Postulate zur gemeinsamen Zukunftsgestaltung durch die Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse, in deren Entwicklung auch die Bundesländer einbezogen worden waren und sich Sachsen entsprechend eingebracht hat.

Die Positionen der Landes- und Regionalplanung, aber auch der Kommunen seien wichtig, um über neue Wege und Instrumente der Daseinsvorsorge nachzudenken. Die Sicherung der gleichwertigen Lebensverhältnisse erfordere Innovationen für die Zukunft. Dies werde nur durch enge Kooperationen insbesondere zwischen Stadt und Land möglich sein. Vielseitige Veränderungsprozesse, die sich derzeit vollziehen, müssten in die Überlegungen einbezogen werden. Wanderungen funktionierten nicht nach dogmatischen Plansätzen, sondern nach Halte- und Bleibefaktoren vor Ort. In dem Zusammenhang plädierte er auch für ein neues Narrativ für den ländlichen Raum. Er verwies u. a. auf die Strategie der Staatsregierung für den Ländlichen Raum (2018) und auf die Dachstrategie seines Ministeriums für Vitale Regionen. Eine Herausforderung bestehe darin, zunehmend „in Regionen“ und weniger in den Kategorien „Stadt“ und „Land“ zu denken, dabei aber auch etablierte demokratischen Entscheidungsgremien nicht infrage zu stellen.

Er sprach sich dafür aus, die immer wieder diskutierte Beschränkung nichtzentralörtlicher Kommunen auf die Eigenentwicklung neu zu bewerten. Der Landesentwicklungsplan sei in erster Linie ein Plan, der Entwicklungen ermöglichen soll und nicht verbiete.

Beitrag der Raumordnung, Landes- und Regionalplanung sollte es sein, mit den sich im Zuge von Entwicklungsprozessen entstehenden Konflikten auseinanderzusetzen, Abwägungen vorzunehmen und Planungen zu effektivieren.

Der Tagung – nach langer Zeit einmal wieder in Präsenz - wünschte er viel Erfolg.

--XX--

Dr. Robert Koch, beleuchtete in Vertretung für Herrn Dr. Jan Müller, Referatsleiter Grundsatz und Raumordnung im Bundesministerium des Innern, die Gleichwertigkeit aus der Sicht der Bundesraumordnung. Gleichwertigkeit (nicht Gleichheit) als ein politisches Postulat gelte es, immer wieder neu zu bestimmen und durch geeignete Maßnahmen umzusetzen. In dem Zuge verwies er auch auf die Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ und den 2019 erschienenen Deutschlandatlas, in dem Aspekte der Gleichwertigkeit plastisch visualisiert werden. In der Facharbeitsgruppe Raumordnung und Statistik der Gleichwertigkeitskommission seien eine Vielzahl von Empfehlungen gegeben und durch den Bundesausschuss der MKRO priorisiert worden, darunter die Stärkung des Zentrale-Orte-Systems sowie die Stabilisierung der Raumentwicklung mit besonderen Handlungsempfehlungen. Neue Schwerpunkte würden vor allem aus dem Klimawandel und der Digitalisierung erwachsen. Auch stellten Strukturwandelregionen (nicht nur Braunkohleregionen) eine große Herausforderung dar.

Gesetzesvorhaben der Bundesregierung sollen künftig durch einen Gleichwertigkeitscheck überprüft werden.

Vor dem Hintergrund des Strebens nach gleichwertigen Lebensverhältnissen komme der Regionalentwicklung eine wesentliche Bedeutung zu. Die Veranstaltung eines jährlichen Tages der Regionen auf Bundesebene sei angedacht.

Die Bundesprogramme „MORO“ und „Region gestalten“ leisteten einen wichtigen Beitrag zur gleichwertigen und nachhaltigen Raumentwicklung in allen Regionen Deutschlands. Mit der sächsische Förderrichtlinie FR-Regio stünden auch komplementäre Instrumente für umfangreichere Maßnahmen zur Verfügung. Anliegen des BMI sei es, Raumordnung noch mehr in das Zentrum der Landesentwicklung zu stellen, Räume mit besonderem Handlungsbedarf gezielt zu entwickeln und Zentrale Orte als zentrale Anlaufpunkte im Raum zu gestalten.

--XX--

Gleichwertigkeit aus Sicht der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL) beleuchtete **Professor Dr. Axel Prieb**s in seinem Vortrag. Anstelle einer Präsentation stellte er sein Vortragsmanuskript zur Verfügung, weshalb an dieser Stelle auf eine Kurzzusammenfassung verzichtet wird.

--XX--

Dr. Heidemarie Russig, Leiterin der Verbandsgeschäftsstelle des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge, reflektierte an Hand des kürzlich erst abgeschlossenen Verfahrens zur Fortschreibung des Regionalplans Befunde und Erwartungen, wie sie besonders von Kommunen und aus der Öffentlichkeit an den Regionalen Planungsverband in den Beteiligungsverfahren herangetragen wurden. Möglichkeiten zur Siedlungs- und vor allem Wohnbaulandentwicklung, Infrastrukturentwicklung und Daseinsvorsorge, vor allem für die Grundversorgung, sowie das Thema Windenergienutzung erwiesen sich dabei auch unter dem Aspekt der Gleichwertigkeitsdiskussion als Hotspots.

Zu den Themen Siedlung und Infrastruktur habe sich vor allem das derzeit praktizierte Zentrale-Orte-Konzept als ein Streitpunkt erwiesen, indem sich viele nichtzentrale Gemeinden aufgrund der an den Zentralortstatus geknüpften Möglichkeiten von über die Eigenentwicklung hinausreichenden Entwicklungsoptionen in ihren Entwicklungschancen benachteiligt fühlten. Mit dieser besonders kritischen Sicht gerade derjenigen, für die dieses Instrument eigentlich da ist und helfen soll, die Versorgung in der Fläche sicherzustellen, müsse sich Raumordnung auseinandersetzen. Vor allem für die Ebene der Grundzentren sieht sie hier mit Blick auf künftige Regelungen in Sachsen Diskussionsbedarf. So sehe die Realität der Versorgung häufig anders aus als es die Festlegung der Grundzentren und deren Nahbereiche erwarten lassen. In der Planungsregion verfügten eine ganze Reihe auch nichtzentraler Orte über ein doch relativ gutes Infrastrukturangebot. Dies führe in Verbindung mit den mittlerweile teilweise recht großen Gemeinden und der Festlegung der Zentralen Orte auf Gemeindeebene zu einem Mangel an klar gerichteten Funktionsbeziehungen, sodass sich mit den grundzentralen Verflechtungsbereichen die Realität oftmals schwerlich abbilden lasse.

Landes- und Regionalplanung müssten das bestehende Instrumentarium kritisch hinterfragen und ggf. neue Ansätze diskutieren. Diese könnten z. B. sein,

- Grundzentren auf Ebene der Ortsteile festzulegen,
- für nichtzentrale Orte im ländlichen Raum spezielle Konzepte zu entwickeln,

- im Verdichtungsraum verkehrlich gut erreichbare Standorte in Ergänzung der Zentralen Orte festzulegen,
- Grundzentren zur Sicherung der Grundversorgung ggf. nicht mehr flächendeckend vorzusehen und in bestimmten Räumen die Grundversorgung den Gemeinden und deren Kooperation zu überantworten.

Zum Schluss ging sie noch kurz auf das Thema Windenergienutzung ein, das im Regionalplanverfahren sehr kontrovers diskutiert wurde. Unter dem Gesichtspunkt der Gleichwertigkeit appelliert sie nicht zuletzt auch aus der Erfahrung von Diskussionen, die im Verband geführt wurden, beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und bei der Umsetzung der Energiewende Umwelt- und Kostengerechtigkeit zwischen den Räumen durch wahrnehmbare und wirksame Ausgleichsmechanismen mehr in den Blick zu nehmen.

--XX--

Oberbürgermeister Bernd Wendsche stellte vor allem in seiner Funktion als Präsident des Sächsischen Städte- und Gemeindetages die kommunale Sichtweise auf das Thema dar. In den Mittelpunkt seines Vortrages rückte er den Aspekt der Demographie mit den Herausforderungen des demographischen Wandels, der für Sachsen eine hervorgehobene Brisanz besitzt und in den ländlichen Räumen vor allem durch eine dramatische Entwicklung in der Altersgruppe der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 39 Jahren besonders zum Tragen kommt. Im Kreisvergleich verzeichneten nur die Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz im Zusammenhang mit entsprechenden Studienangeboten einen Zuwachs in dieser Altersgruppe. Die jungen Leute verblieben mehrheitlich in diesen Städten, im ländlichen Raum hingegen gehe dadurch dauerhaft die Bevölkerung mit den Folgen des fehlenden Arbeitskräftepotenzials weiter zurück. Im Erzgebirge zum Beispiel gingen pro Jahr drei Personen in Rente, aber nur eine Person komme nach. Im städtischen Raum fehlten circa ein Drittel, im ländlichen Raum 50 % der Arbeitskräfte.

Als fatal bewertete er im Zusammenhang mit der demografischen Situation auch die fehlende Steuerkraft in vielen Kommunen. Insgesamt zeichnete er einen dramatischen Prozess für das Land und forderte die Raumordnung auf darauf zu reagieren. Wichtig für wirksame Lösungen seien Gestaltungs(frei)räume, die entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten für die kommunale Ebene eröffneten. Mit Verweis auf ein Beispiel aus der Oberpfalz betonte er die Bedeutung aktiver Wirtschaftsansiedlung auch auf dem Lande mit einem Mehrwert für neues Denken, das Vereins- und Dorfleben. Gestaltungsräume, interkommunale Zusammenarbeit und ein gerechter Stadt-Land-Ausgleich für eine höhere Demografiefestigkeit waren einige der von ihm benannten Stichworte für zukünftiges Handeln. Auch sollten Mittelzentren künftig mehr Verantwortung für ihr Umland übernehmen.

Notwendig seien gemeinsame Lösungsansätze und eine offene Kommunikation, um den aktuellen und akuten Problemen eines weiteren demographischen Auseinanderdriftens zu begegnen.

--XX--

Auch im Vortrag von **Norbert Eichinger**, IHK Dresden, stand das Thema Demografie mit Fokus auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes und dem Mangel an Fachkräften im Mittelpunkt. Er bezeichnete die

Entwicklung des sächsischen Arbeitsmarktes als das Top-Thema der Zukunft, da es zunehmend auf allen Ebenen spürbar sein werde und negative Folgen für Steueraufkommen und Finanzausstattung der Gemeinden habe.

In einem ersten Teil seines Beitrags widmete er sich den aktuellen Entwicklungen auf dem Arbeitskräftemarkt und belegte dies mit einschlägigen Abbildungen zu verschiedenen Statistiken, aus denen auch sichtbar wurde, dass die Entwicklungen räumlich recht unterschiedlich verlaufen. So würde Dresden von Zuzügen aus den umliegenden Gemeinden der vergangenen Jahre profitieren, die dafür regelrecht „leergeplündert“ worden wären. Besonders dramatisch schilderte er die Situation in den Landkreisen Görlitz und Bautzen, wo in den nächsten Jahren mit einer Reduzierung der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter um ca. 25 % zu rechnen sei. Der Anteil an Unternehmen mit offenen Stellen steige stetig; vor allem der Eintritt ins Rentenalter sei bei 2/3 der Arbeitgeber dafür ursächlich. Circa 80 % der Unternehmer klagten darüber, durch Renteneintritt frei gewordene Stellen nicht nachbesetzen zu können.

Im zweiten Vortragsteil beleuchtete er Handlungsansätze, Erwartungen und Ziele, um dieser Situation zu begegnen. Abwanderung müsse durch Verbesserungen am Lebensmittelpunkt für Hiergeborene verhindert, Menschen zur Rückkehr motiviert und Zuwanderung gestärkt werden. Dabei sei auch im Blick zu behalten, dass sich in einigen Jahren auch im Westen Deutschlands die demografische Situation verschärfen werde, was eine Zuspitzung insgesamt erwarten lasse.

Vielfältige Maßnahmenansätze bei der Daseinsvorsorge für eine Verbesserung der Lebensqualität, Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, auch grenzüberschreitend, Digitalisierung und Breitbandausbau, aber auch eine entsprechende Unternehmenskultur, die die Work-Life-Balance im Blick hat, eine gute Führungskultur bietet und familienfreundlich ist, benennt er u. a. als wichtige Faktoren. Zudem werde eine neue Willkommenskultur für Zuzügler aus dem Ausland benötigt.

In Bezug auf die Gewerbeflächenentwicklung gäbe es außerdem für Unternehmen derzeit kaum Möglichkeiten weiter zu wachsen, weshalb er ein Gewerbeflächenmanagement mit flexiblen und unbürokratischen Lösungen sowie schnellen und transparenten Planungs- und Genehmigungsverfahren forderte. Um die Verbundenheit vor Ort zu erhöhen, benannte er im Bereich der Bildung den Erhalt von Berufsschulstandorten im ländlichen Raum mit der Sicherstellung kurzer Wege, um dem Wegzug junger Menschen nicht Vorschub zu leisten. Zudem seien zur Förderung wirtschaftlicher Innovationen Hochschulen und Forschungseinrichtungen im ländlichen Raum wichtig.